

irgendwelche Modifizierungen, sondern um eine grundsätzliche Änderung der Bonner Politik.

Die Realisierung unserer Vorschläge nach gleichberechtigten Verhandlungen stellt ein Minimum dessen dar, was getan werden muß, um schrittweise jene Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten verhindern. Die Deutsche Demokratische Republik ist nach wie vor zu gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten bereit. Das Nächstliegende wären Vereinbarungen zwischen den Regierungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik hält weiter an ihrer Bereitschaft fest, Verhandlungen über Sachfragen zwischen den Ministern für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie Handel beider deutscher Staaten aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß die westdeutsche Regierung endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und ihre außerordentlich hohen Schulden an unsere Republik bezahlen muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch künftig alles in ihren Kräften Stehende tun, um gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung normale und gleichberechtigte Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen.

20. Jahrestag der DDR wird festlich vorbereitet

Verehrte Abgeordnete!

Vor uns liegt eine neue Periode angestrebter Arbeit, die die Schöpferkraft des ganzen Volkes erfordert.

Wir sind zutiefst davon überzeugt: Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik werden entschlossen an die Verwirklichung der neuen Aufgaben gehen.

Die Garantie für die Meisterung der umfangreichen, komplizierten, aber auch schönen Aufgaben in Verwirklichung der vom VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorge-